

2019-7
MIDEM-Bericht

DIE WAHLEN ZUM SCHWEIZERISCHEN PARLAMENT 2019

VON MARCO BITSCHNAU

INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG	4
1.	PARLAMENT UND PARTEIENSYSTEM IN DER SCHWEIZ	4
2.	ZUWANDERUNGSPOLITIK ALS DAUERBRENNER	6
3.	DAS THEMA ZUWANDERUNG IM VORFELD DER NATIONALRATSWAHLEN 2019	8
4.	WAHLERGEBNISSE	9
5.	EINORDNUNG UND AUSBLICK	11
	LITERATURVERZEICHNIS	14
	AUTOR	16
	IMPRESSUM	17

ZUSAMMENFASSUNG

Die Grüne Partei der Schweiz (GPS) und die Grünliberale Partei Schweiz (GLP) sind die klaren Gewinner der Schweizerischen Nationalratswahlen 2019. Mit 13,2 % bzw. 7,8 % der Stimmen konnten beide Parteien nicht nur historische Rekordergebnisse erzielen, sondern auch ihre jeweiligen Nationalratskontingente massiv ausbauen.

Stimmen- und mandatsstärkste Kraft wird hingegen abermals die rechtskonservativ-populistische Schweizerische Volkspartei (SVP) mit 25,6 %. Gegenüber ihrem Ergebnis von 2015 verliert die Partei fast drei Prozent und büßt zwölf Sitze im Nationalrat ein – für Schweizer Verhältnisse außerordentlich große Verluste.

Zu den Verlierern zählen auch die anderen großen Parteien. Sowohl die Sozialdemokraten (16,8 %) als auch die liberale FDP (15,1 %) verlieren jeweils vier Sitze und bleiben damit deutlich hinter ihren Erwartungen. Die christdemokratische CVP kann ihre Verluste dagegen auf zwei Sitze beschränken und erreicht mit immerhin 11,4 % ein besseres Ergebnis als angenommen. Die bürgerliche BDP halbiert sich, und auch die Präsenz der rechtspopulistischen Regionalbewegungen LdT und MCA schrumpft deutlich auf nur noch einen Sitz.

Damit ergibt sich ein Linksrutsch im Nationalrat, der aber weniger unter einem klassisch linken, als vielmehr unter einem ökologischen Vorzeichen steht. Es ist zu erwarten, dass der Klimaschutz, der Zuwanderungsfragen als herausragendes Wahlkampfthema abgelöst hat, noch weiter an Bedeutung gewinnen wird. Bis auf die SVP hatten sich schon im Wahlkampf alle größeren Parteien um eine Schärfung ihres Klimaprofils bemüht.

Da in der Schweizer Konkordanzdemokratie die Regierung (der Bundesrat) formal unabhängig von parlamentarischen Mehrheiten besteht, wird sich der Triumph der Grünen und Grünliberalen dort nicht unmittelbar niederschlagen. Allerdings hat die GPS für die Zukunft bereits Ansprüche auf einen Sitz in diesem Gremium angemeldet, dessen sieben Mitglieder derzeit noch ausschließlich aus den Reihen der SVP, SP, FDP und CVP kommen. Entscheidend ist hier auch die Besetzung des Ständerats (Vertretung der Kantone), für die es im November zu zahlreichen Stichwahlen kommt.

1. PARLAMENT UND PARTEIENSYSTEM IN DER SCHWEIZ

Am Sonntag, den 20. Oktober, waren mehr als 5,4 Millionen Schweizer Wahlberechtigte zwischen Genf und Graubünden zur Wahl einer neuen parlamentarischen Vertretung für die Legislaturperiode 2019-2023 aufgerufen. In einer föderalen, von Sonderwegen und Anomalien geprägten und zudem auch noch institutionell hybriden¹ (das heißt: weder parlamentarischen noch präsidentiellen) Demokratie (Linder 2012) alles andere als eine leichte Aufgabe. Gewählt wurde dabei zweierlei: Zum einen die 200 Abgeordneten des Nationalrats, der die erste (große) Kammer im Schweizerischen Parlament bildet; zum anderen die 46 Mitglieder des Ständerats, der zweiten (kleinen) Kammer, die als Vertretungsorgan der Kantone in etwa mit dem deutschen Bundesrat vergleichbar ist, allerdings wesentlich stärker als dieser auf dem Egalitätsprinzip der einzelnen Gliedstaaten fußt.² In gesetzgeberischen Fragen sind beide Kammern verfassungsrechtlich gleichberech-

tigt und werden in der Regel auch gleichzeitig³ gewählt. Dieser Bericht befasst sich hauptsächlich mit den Nationalratswahlen, zum einen aufgrund der Stichwahlpraxis im Ständerat, zum anderen aber auch, weil sich anhand der Nationalratsergebnisse noch am ehesten Änderungen der politischen Kräfteverhältnisse ablesen lassen. Denn selbst im wenig volatilen Schweizer Wahlsystem gilt der Ständerat gemeinhin als eine Bastion bemerkenswerter Stabilität: Bei den Parlamentswahlen 2015 wurden nur drei der 46 Ständeratssitze neu vergeben, im Nationalrat waren es zumindest 29 von 200.

Zum Wahltag 2019 waren im Nationalrat zehn Parteien in sieben verschiedenen Fraktionen vertreten. Ein Umstand, dem das Land seinen Ruf als eine der parteipolitisch fragmentiertesten Demokratien Europas verdankt. Über die Jahrzehnte hinweg war die Geschichte dieser Parteien zahlreichen programmatischen Brüchen und Erneuerungen unterworfen, was eine überzeitliche Zuordnung von ideologischen Positionen naturgemäß erschwert. Die

1 In Anlehnung an die Typologie demokratischer Regierungssysteme nach Matthew S. Shugart und John M. Carey spricht Adrian Vatter (2016: 47f.) hier auch von einem "versammlungsunabhängigen Direktorialsystem" (Wahl aber nicht Abberufung der Regierung durch das Parlament).

2 Wie im US-amerikanischen Senat ist die Anzahl der Ständeräte und -rätinnen pro Kanton unabhängig von der Einwohnerzahl auf zwei festgelegt; eine Ausnahme besteht einzig für die vormaligen Halbkantone firmierenden sechs *Kantone mit halbem Stimmrecht* Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Obwalden und Nidwalden. Ihnen kommt jeweils nur ein Ständeratssitz zu. Davon abweichend variieren die nach Art. 51 Abs. 2 GG geregelten Stimmgewichte der Bundesländer im deutschen Bundesrat bekanntlich zwischen drei und sieben.

3 Eine Sonderstellung nimmt hier noch heute der Kanton Appenzell Innerrhoden ein, dessen Ständerat Daniel Fässler (CVP) bereits im Mai im Amt bestätigt wurde. Von den 46 Ständeratssitzen wurden am 20. Oktober also nur 45 neu vergeben.

Glossar: Abkürzungen der politischen Parteien

SVP	Schweizerische Volkspartei (nationalkonservativ, rechtspopulistisch)
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz (sozialdemokratisch)
FDP	FDP.Die Liberalen (rechtsliberal)
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei (christdemokratisch, zentristisch)
GPS	Grüne Partei der Schweiz (Grüne Politik, linksprogressiv)
GLP	Grünliberale Partei Schweiz (Grüne Politik, liberal)
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei (liberal-konservativ)
EVP	Evangelische Volkspartei (christdemokratisch, wertkonservativ)
LdT	Lega dei Ticinesi (rechtspopulistisch, regionalistisch)
MCG	Mouvement citoyens genevois (rechtspopulistisch, regionalistisch)
PdA	Partei der Arbeit der Schweiz (marxistisch, demokratisch-sozialistisch)
CSP OW	Christlichsoziale Partei Obwalden (christdemokratisch)

mit den Wahlen vom 20.10.2019 im Nationalrat vertreten

EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union (Christliche Rechte, nationalkonservativ)
EAG/Sol	Ensemble à Gauche (Solidarités) (demokratisch- sozialistisch, trotzkistisch)

Schweizerische Volkspartei (SVP)⁴ wurde zum Beispiel noch bis in die 1980er Jahre hinein vorwiegend als moderate Agrarpartei der Deutschschweiz wahrgenommen, die angesichts des Strukturwandels und der damit einhergehenden Marginalisierung ihrer bäuerlichen Wählerschaft zunehmend auf Mittelschichtsthemen wie Verbraucherschutz setzte. Erst unter der Führung des umstrittenen Milliardärs Christoph Blocher setzte ein ideologischer Umbruch ein, der die SVP (die in der Folge immer konfrontativer auftrat) in wenigen Jahren zur bedeutendsten Kraft des Landes aufsteigen ließ. Seit 1999 ist sie die stärkste Partei auf Bundesebene, seit 2003 stellt sie die größte Fraktion im Nationalrat und spätestens seit Beginn der 2000er Jahre kommt ihr überdies die Rolle der treibenden Kraft im politischen Diskurs zu. Über die Grenzen der Schweiz hinaus ist sie vor allem auch als Initiatorin diverser Volkspolitiken und Urheberin fremdenfeindlicher bis offen rassistischer Wahlplakate bekannt (etwa das *Schäfchenplakat* zu den Parlamentswahlen 2007 oder die Darstellung einer verhüllten Muslima zur Minarettinitiative 2009).

Nach ihrem deutlichen Wahlsieg bei den Nationalratswahlen 2015 (mit 29,4% erreichte die SVP damals das beste Ergebnis ihrer Geschichte) ging die Partei trotz zuletzt schwacher Ergebnisse auf kantonaler Ebene als klarer Favorit in die diesjährige Wahlkampfsaison. Dabei konnte sie vor allem auf Rückhalt in der unteren Mittelschicht, der Arbeiterschaft, bei Angestellten, Rentenbeziehern sowie auf eine starke Verwurzelung in den rural geprägten Kantonen der Inner- und Nordschweiz zählen, während größere Städte und die französischsprachige Westschweiz (die *Romandie*) eine geografische Achillesferse bildeten. Zum Wahltag stellte die Partei mit 65 Abgeordneten die größte Fraktion im Nationalrat, wobei sie noch personelle Verstärkung durch zwei Mitglieder der rechtspopulistischen Lega dei Ticinesi (LdT) aus dem Tessin sowie durch einen Abgeordneten des Mouvement citoyens genevois (MCG) aus dem Kanton Genf erhielt. Beides sind aus regionalen Kontexten heraus entstandene Unmuts- und Protestbewegungen, deren Wählerschaft sich eng mit der der SVP deckt.

Unter den Parteien der rechten Mitte gibt mit der FDP. Die Liberalen eine politische Formation den Ton an, die erst im Jahr 2009 aus einem Zusammenschluss der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) und der Liberalen Partei der Schweiz (LPS) entstanden ist. Die Partei und ihre 33 Abgeordneten teilen mit dem deutschen Pendant die an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierte rechtsliberale Ausrichtung; jedoch fällt der FDP als staatstragender Kraft darüber hinaus eine gesellschaftliche Rolle zu, die weit über die Limitationen des Schweizer Parteiengefüges hinausreicht. Mehr als jede andere Partei hat sie (bzw. ihre Vorgängerin) die Politik des Landes geprägt und bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein sogar regelrecht dominiert. Gesellschaftspolitisch treten die Liberalen durchaus für progressive Inhalte ein, insbesondere in Fragen der Inneren Sicherheit und Zuwanderungspolitik stehen sie aber weiter am rechten Rand als viele ihrer europäischen Verwandten.

Die Christdemokratie wird von gleich drei Parteien, der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz (CVP), der Evangelischen Volkspartei (EVP) und der Christlichsozialen Partei Obwalden (CSP) in einer gemeinsamen Fraktion vertreten. Die CVP war mit 27 Abgeordneten die klar stärkste Kraft in diesem Bündnis, zugleich aber auch die Partei, die in den vergangenen Jahren die meisten Niederlagen einstecken musste. Sie ist traditionell in der Innerschweiz und ländlich-katholischen Kantonen wie Appenzell Innerrhoden oder dem Wallis stark, versucht aber seit einiger Zeit, mit einem gemäßigten Modernisierungskurs und einem Fokus auf sozial-, und umweltpolitische Fragen auch für urbane Wählerschichten attraktiv zu werden. Die im reformierten Milieu verwurzelte EVP weist eine prononciertere Wertorientierung auf und eifert programmatisch mit einer Mischung aus konservativer Gesellschaftspolitik und progressiver Sozial- und Wirtschaftspolitik Parteien wie der niederländischen

⁴ In einem multilingualen Staatswesen wie der Schweiz variieren die Parteibezeichnungen und damit auch etwaige Kürzel je nach Sprachregion (z.B. UDC statt SVP oder PLR statt FDP). Da sich dieser Bericht an ein deutschsprachiges Publikum richtet, findet im Folgenden die in der Deutschschweiz zu findende Nomenklatur Verwendung.

ChristenUnie nach. Sie brachte zwei weitere Abgeordnete in die Fraktion ein, während die CSP (die nur im Kanton Obwalden antritt und historisch eng mit der katholischen Arbeiterbewegung verbunden ist) lediglich einen stellte. Nahe am christdemokratischen Lager steht auch die bisher mit sieben Abgeordneten im Rat vertretene Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP), die ihren Weg 2008 als SVP-Abspaltung begann und seitdem bemüht ist, sich im umkämpften Terrain der rechten Mitte zu behaupten. Noch mehr als die anderen Parteien konzentriert sie sich auf regionale Schwerpunkte, namentlich auf die Kantone Bern, Glarus und Graubünden, in denen sie in der Vergangenheit jeweils zweistellige Ergebnisse erzielen konnte.

Bestimmende Kraft auf der Linken ist die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP), die innerhalb der europäischen Sozialdemokratie zu den „am weitesten links positionierten“⁵ (Lader et al. 2010: 36) Vertreterinnen ihrer Art zählt und sich programmatisch noch immer kraftvoll gegen den Kapitalismus als „Ende [beziehungsweise] Vollendung der Geschichte“ (Sozialdemokratische Partei der Schweiz 2010: 15) wendet. Wie etwa die *Partij van de Arbeid* in den Niederlanden oder die israelische *Labor Party* hat sich auch die SP im Lauf der Zeit allerdings weitgehend von ihren Ursprungsmilieus abgelöst und zur Partei der akademisch gebildeten Mittelschicht gemausert (Bühlmann/Gerber 2015). Anders als die Vorgenannten blieb sie dabei aber immer politisch relevant und stellte zum Wahltag mit 42 Mandaten die nach der SVP zweitgrößte Fraktion im Nationalrat. Um sich auch künftig die Meinungsführerschaft im progressiven Lager zu sichern, setzte sie auf eine Kombination aus sozialer Gerechtigkeit, einem starken Wohlfahrtsstaat und mehr Natur-, respektive Klimaschutz.

Noch keine ebenbürtige Konkurrentin für die SP, aber deutlich im Aufwind begriffen ist vor allem die in der Umwelt- und Friedensbewegung verwurzelte Grüne Partei der Schweiz (GPS), die in der vergangenen Legislaturperiode zwar lediglich elf Abgeordnete stellte, zuletzt aber auch bei Kantonalwahlen abseits ihrer traditionellen Hochburgen zu punkten wusste. Wie ihre Schwesterparteien in Deutschland, Österreich oder den Benelux-Staaten stoßen auch die Schweizer Grünen vor allem in jungen und urbanen Wählermilieus mit hohem Bildungsgrad und postmaterialistischer Wertehaltung auf Unterstützung. Ähnlich verhält es sich mit der Grünliberalen Partei Schweiz (GLP), die aufgrund ihres Namens gerne mit der GPS verwechselt wird, in ihrer politischen Ausrichtung aber nicht dem ökonomisch linken Spektrum zuzuordnen ist. Ähnliche Wählerschichten wie die der GPS versucht sie mit der Synthese von klassischem Liberalismus und ökologischer Progressivität zu erreichen. Darüber hinaus gilt die besonders in Zürich präsente GLP mit ihren bisher acht Abgeordneten als konsequenteste Befürworterin einer weiteren Annäherung der Schweiz an die Europäische Union (EU).

Auffällig in der Schweizer Parteienlandschaft ist das Fehlen einer landesweit fest etablierten Partei links von Grünen und Sozialdemokratie, wie sie in den meisten anderen europäischen Demokratien und insbesondere auch bei den deutschen Nachbarn (Die LINKE) ganz selbstverständlich zu finden ist. Dies mag zum einen an der noch immer weitgehend linken SP liegen, zum anderen aber auch an einer Vielzahl von Kleinparteien unterschiedlicher Provenienz, zu deren bekanntesten die Partei der Arbeit der Schweiz (PdA) und, zumindest in der Romandie, *solidaritéS* zählen. Als einzige Linkspartei war die marxistische PdA, zu deren erklärten Zielen die Überwindung des Kapitalismus und Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft zählt, mit einem Nationalrat in der GPS-Fraktion vertreten.

In der Schweizerischen Konkordanzdemokratie ist diese Vielzahl an Parteien allerdings nicht nur zur Koexistenz, sondern mehrheitlich auch zur Kooperation gezwungen. Konsensbildende und -unterstützende Maßnahmen sind hier nämlich solchen, die auf die einseitige Interessensdurchsetzung einzelner Akteure abzielen, schon in staatsstruktureller Hinsicht vorgeschaltet. Das bedeutet etwa, dass es keine herkömmliche Polarität von Regierung und Opposition nach Westminster oder auch nur kontinentalem Vorbild gibt. Stattdessen sieht die Verfassung mit dem Bundesrat eine oberste Exekutivbehörde vor, die zwar von beiden Parlamentskammern (die hier gemeinsam als Bundesversammlung auftreten) gewählt wird, im Anschluss aber unabhängig von parlamentarischen Mehrheiten operiert. Die Zusammensetzung dieses Gremiums erfolgt dabei traditionell nach einem festen Schlüssel, der sogenannten Zauberformel; die drei ergebnisstärksten Parteien haben jeweils Anrecht auf zwei Bundesräte, die viertstärkste Partei auf einen und der Rest geht leer aus. Für beinahe fünfzig Jahre (von 1959 bis 2003) konnten sich SP, CVP und FDP mit der SVP als vierter Kraft so eine dauerhafte Machtstellung sichern, ehe es der Letztgenannten gelang, der CVP einen ihrer beiden Sitze zu entreißen und damit die Machtarithmetik geringfügig zu verändern.

2. ZUWANDERUNGSPOLITIK ALS DAUERBRENNER

Zuwanderung, Zuwanderungsbegrenzung und alle damit verbundenen kulturellen, ökonomischen und politischen Folgeerscheinungen gelten als Konstante unter den Schweizer Wahlkampfthemen der Nachkriegsära. Mit fünf vom Zürcher Nationalrat James Schwarzenbach initiierten Referenden (den Überfremdungsinitiativen) gelangte dieser Themenkreis für europäische Verhältnisse schon recht früh, nämlich bereits Anfang der 1970er Jahre, in den Fokus der Öffentlichkeit.⁶ Der aus einem großbürgerlich-protestantischen Elternhaus stammen-

⁵ Der Befund ist auch knapp zehn Jahre später noch gültig.

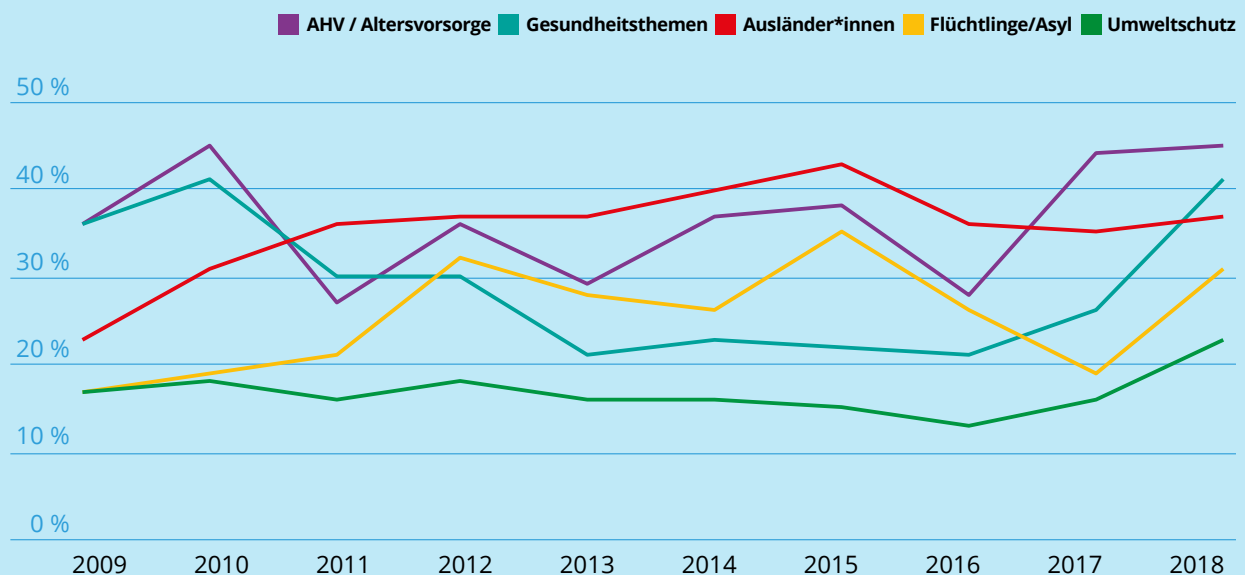
⁶ Einen guten Überblick über Schwarzenbachs öffentliches Wirken und seine Pionierarbeit für die Genese eines schweizerischen Rechtspopulismus bietet etwa Drews (2005). Zum gesellschaftlichen Wechselspiel von thematischer Politisierung und Depolitisierung der Zuwanderung vor dem Aufstieg der SVP vergleiche auch Skenderovic/D'Amato (2008).

de Schwarzenbach lancierte mit gezielten Provokationen eine Reihe von Abstimmungen, die etwa die Deckelung der Anzahl von Nichtschweizern im Land auf maximal 10 % (2. Initiative, 1970), 12 % (3. Initiative, 1974) oder 12,5 % (4. Initiative, 1977) der Gesamtbevölkerung vorsahen und zudem die Zahl der Einbürgerungen auf 4.000 pro Jahr begrenzt hätten (5. Initiative, 1977). Obwohl all diese Vorschläge von den Wahlberechtigten⁷ an der Urne abgelehnt wurden, diente Schwarzenbachs Vehemenz in Migrationsfragen als Blaupause für die graduelle Normalisierung rechtspopulistischer Argumentationslagen.

Spätestens mit dem Aufstieg der SVP hat die zuvor weitgehend auf ökonomischem Pragmatismus beruhende Zuwanderungspolitik der Schweiz einen dominanten kulturell-identitären Anstrich bekommen, in dem sich die Überfremdungsangst der Vergangenheit mit souveränistischen und anti-muslimischen⁸ Versatzstücken verbindet. Volksabstimmungen gegen den Bau von Minaretten (2009) waren in der Folge auf Bundesebene ebenso erfolgreich, wie solche, die sich „für die Ausschaffung [Abschiebung] krimineller Ausländer“ (2010) und „gegen Masseneinwanderung“ (2014) aussprachen, oft mit schädlichen Konsequenzen für das Auslandsbild der Schweiz und ihre Beziehungen zur EU. Diese Dauerbrennerfunktion des Zuwanderungsthemas beruht zum einen auf der Tatsache, dass das Land mit mehr als 25 % ausländischen Staatsangehörigen

an der Wohnbevölkerung einen Spitzenplatz auf dem europäischen Kontinent einnimmt (Eurostat 2019) und sich dabei international auf einem ähnlichen Niveau wie Saudi-Arabien oder der Oman bewegt. Etwa zwei Drittel davon (1.415.900 von 2.148.300) stammen aus der EU, zumeist aus Italien (319.300), Deutschland (306.200) und Portugal (263.300), oft aber auch aus Frankreich (134.800) oder Spanien (83.700) (Bundesamt für Statistik 2019). Zwar berührt ihre Anwesenheit in der Regel weniger klassische Integrationsfragen als vielmehr die Beziehung zwischen der Schweiz und dem Rest Europas, dennoch prägen sie in vielerlei Hinsicht die Gesellschaft des Landes und verleihen Zuwanderungsfragen damit eine gewisse Präsenz im öffentlichen Raum. Neben dieser Sichtbarkeit fällt aber auch die Art und Weise ins Gewicht, mit der die Rechtsparteien das Thema politisiert haben (Skenderovic/D'Amato 2008). Praktiken der Ausgrenzung und Kulturalisierung wurden hier durch das demokratische Mittel der Volksinitiative aufgewertet und ermöglichten die Reduktion von Zuwanderern zu bloßen Objekten politischer Befindlichkeiten, deren wirtschaftlicher Nutzen nur ein bedingtes Maß an Legitimation versprach. Menschenrechtliche oder humanitäre Einwände wurden in der Folge häufig als entbehrlich oder gar als eine Form von moralischer Erpressung wahrgenommen, wann immer der ungefilterten *vox populi* die entscheidende Rolle in der Debatte zukam.⁹

Abb. 1: Die größten Sorgen der Schweizer Wahlbevölkerung



Quelle: Credit Suisse Sorgenbarometer 2018 / Eigene Darstellung

- 7 Frauen erhielten in der Schweiz erst 1971 das Stimmrecht auf Bundesebene, konnten also beispielsweise bei der 2. Überfremdungsinitiative 1970 noch nicht mitentscheiden.
- 8 „Tradition, Hierarchie und Religiosität — das sind zentrale, oftmals emotional aufgeladene Repräsentationsstrategien, mit denen viele Migrantengruppen [in der Schweiz] dargestellt werden. Präsent sind in den medialen Kontexten Männer mit Turban und Schnauzbart, Frauen mit Kopftuch und in lange Gewänder gehüllt, kinderreiche Familien, Moscheen und religiöse Symbole, fremd anmutende Bräuche und exotische Riten“ (Bischoff 2016: 195).
- 9 Kritisch dazu der Beitrag von Arrighi (2017). Zur Rolle der direkten Demokratie für die Politisierung von Migration siehe D'Amato/Ruedin (2015).

3. DAS THEMA ZUWANDERUNG IM VORFELD DER NATIONALRATSWAHLEN 2019

In den Äußerungen und Programmen der Parteien waren Asyl- und Zuwanderungsfragen auch 2019 durchaus präsent, haben aber wie auch anderswo in Europa (z.B. Weisskircher 2019) einiges an Bedeutung eingebüßt. Ein wesentlicher Grund für diesen Umstand bestand darin, dass die Rolle des bestimmenden Leitthemas im Verlauf der letzten Monate mehr und mehr von der Klimapolitik eingenommen wurde, deren politische Adressierung gerade von jüngeren Wählern entsprechend goutiert wurde. Auch in Bern, Basel oder Lausanne konnten die von der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg initiierten Demonstrationen unter dem Motto *Fridays for Future* zehntausende Menschen mobilisieren und nahezu alle Parteien zu einer deutlichen Schärfung ihres klimapolitischen Profils bewegen. Dies ging so weit, dass einzelne Stimmen die Parlamentswahlen kurzerhand (und wohl nicht ganz zu Unrecht) zu einer Klimawahl stilisierten¹⁰ und damit den immensen Bedeutungsgewinn des Themas ganz offen herausstellten. Anders als 2015 gab es damit ein thematisches Gegengewicht zu zugewanderungspolitischen Fragestellungen, die infolge einer sinkenden Anzahl von Asylgesuchen und einer weniger aufgeheizten und angstzentrierten Berichterstattungspraxis auch vielerorts als weniger drängend wahrgenommen wurden.

Nur wenig mit dem Thema Klima anfangen kann die SVP, während die angebliche Bedrohung durch Migrantinnen und Migranten hier eines der zentralen Themen darstellt (Skenderovic/D'Amato 2008; Hutter 2019). Schon allein deshalb ist es wenig überraschend, dass die Partei Zuwanderungsfragen auch 2019 weitaus mehr Aufmerksamkeit widmete, als es das Gros der politischen Konkurrenz tat. Unter dem Titel *Frei und sicher* warnte ihr Wahlprogramm etwa vor einem „Ausverkauf der Schweizer Souveränität [...] durch die politischen Eliten“ (Schweizerische Volkspartei 2019: 9) und schoß sich auf dem Feld der Außenpolitik insbesondere auf die Entwicklungszusammenarbeit ein. Diese müsste strikt an „Rücküberführungsabkommen für Asylbewerber und illegale Migranten gekoppelt werden. Statt die öffentlichen Ausgaben [...] zu erhöhen, ist die private Spendenbereitschaft durch Steuerentlastung zu fördern“ (Schweizerische Volkspartei 2019: 11). Das anschließende Kapitel *Ausländerpolitik* warb ebenso für eine restriktive Zuwanderungsbegrenzung, bei der man nur dringend benötigte Fachkräfte anwerbe. Flankiert werden sollte dies nach Meinung der SVP mit einer Reihe von Maßnahmen, die neben einem Sach- auch einen hohen Symbolcharakter haben und in erster Linie auf die Idee kultureller Homogenität abzielten. „Eindeutige Spielregeln aufstellen“ heißt das im Programmjargon und bedeutet unter anderem, all diejenigen abzuschie-

ben, die sich „stur gegen hiesige Sitten und Gebräuche“ (Schweizerische Volkspartei 2019: 11) stellten und dem Parteibild des idealen Wahlschweizers nur in unzureichendem Maße entsprächen.

Im Vergleich zur SVP hielten sich die Parteien der rechten Mitte vergleichsweise bedeckt und beschränkten sich zumeist auf Forderungen nach besseren Integrationsmaßnahmen, schnelleren Asylverfahren und konsequenteren Abschiebungen. Noch am Konkretesten positionierte sich die FDP, die sich klar für weitere Maßnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung aus Drittstaaten (inklusive des Familiennachzugs) aussprach und insbesondere auf zusätzliche Belastungen für den Sozialstaat verwies. Zugleich müsse aber von Seiten der Politik sichergestellt werden, dass „Schweizer Unternehmen [...] weiterhin auf die benötigten ausländischen Fachkräfte zählen können“, um auf dem Weltmarkt dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben (FDP 2019: 1). Ähnlich argumentierte auch die BDP in ihren Verlautbarungen, während sich die CVP vor allem in einer Mittlerposition verortete. Wo Linke leichtsinnigerweise bereit seien, allen „Tür und Tor zu öffnen“ und Rechte die „hermetische Abriegelung der Schweiz“ (Christlichdemokratische Volkspartei) anstrebten, setzten die Christdemokraten nach eigener Darstellung auf eine Politik des gesunden Menschenverstandes, die weder empathielos noch irrational sei. Wie ihre Mitbewerber betonte die CVP sodann vor allem die herausgehobene Stellung der Integration, bezog sich aber explizit auch auf die humanitäre Tradition der Schweiz, die es in jedem Fall zu wahren gelte.

Die SP sprach zwar ebenfalls von verstärkten Integrationsanstrengungen als Notwendigkeit, stellte zugleich aber unmissverständlich klar, dass Geflüchteten auch weiterhin Schutz geboten werden müsse und Seentretter „nicht kriminalisiert werden“ (Sozialdemokratische Partei der Schweiz 2019: 53) dürften. Vorläufig Aufgenommene sollten darüber hinaus einen rascheren Zugang zum Arbeitsmarkt beziehungsweise zu Schulen und Hochschulen erhalten. Zudem sprach sich die SP für eine weniger restriktive Einbürgerungspraxis aus, bejahete den aktiven Einsatz der Schweiz zur Schaffung eines multilateralen Rahmens in Fragen der Migrationspolitik und nahm bei der Bekämpfung von Fluchtursachen vor allem auch den Schweizer Handel in die Pflicht. Auch die GPS erkannte in ihrem Programm bereitwillig an, dass die Schweiz als „Depositärstaat von 79 völkerrechtlichen Verträgen und insbesondere der Genfer Konvention einen gewichtigen Beitrag“ (Grüne Partei der Schweiz 2019: 29) an die internationale Solidarität leisten müsse. Dies schliesse zusätzliche Unterstützungsleistungen finanzieller Natur ebenso ein wie den Einsatz für eine Neugestaltung des Dublin-Systems, bei dem künftig nicht mehr der Ort des Erstantrages, sondern die wirtschaftliche

¹⁰ Beispielsweise Regula Rytz, Präsidentin der GPS (Fischer 2019).

Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten als entscheidende Zuteilungskriterium zu gelten habe. Das Land solle darüber hinaus sein UNHCR-Flüchtlingskontingent deutlich erhöhen, den Schutz von unbegleiteten Minderjährigen sicherstellen und das Asylwesen durch legale Einwanderungsmöglichkeiten für Menschen aus Drittstaaten entlasten. Bei bereits im Land befindlichen Asylsuchenden sollten zudem Faktoren wie Geschlecht oder sexuelle Orientierung stärker berücksichtigt werden. Unterstützung für diesen Punkt gab es auch von Seiten der GLP, die sich ansonsten am Balanceakt zwischen Härte (schnellere Asylverfahren; härteres Durchgreifen in Fällen von Missbrauch) und Verantwortlichkeit (Betonung globaler Verantwortlichkeit; Abbau von Marktbarrieren und verbesserte Kooperation) versuchte.

Die wohl schärfste Abgrenzung zum migrationspolitischen Status Quo kam schließlich von der PdA, die sich gegen die "pseudohumanitäre Rhetorik" der "von reaktionären Kräften dominierten Eidgenossenschaft" (Partei der Arbeit der Schweiz 2019: 15) wandte und das Thema Zuwanderung vor allem im Kontext des globalen Nord-Süd-Gefälles bewertete: "Diese Menschen fliehen vor Krieg, Durst, Hunger, ökologischen Katastrophen, Diktaturen sowie Wirtschaftskrisen, die durch den Imperialismus verursacht werden" (ebd.). Zugleich warf die PdA der SVP und ihren Verbündeten vor, mit gezielter Ausländerfeindlichkeit zu verschleiern, dass der eigentliche Konflikt keiner der Kultur oder Identität, sondern noch immer einer der ökonomischen Klasse sei. Damit einher gingen etwa Forderungen nach einem uneingeschränkten *ius soli*, dem Austritt der Schweiz aus den Dublin- und Schengenabkommen und einem rassismussensitiven Strafrecht (Partei der Arbeit der Schweiz 2019: 16).

Abseits der Wahlprogrammebene konnte das Zuwanderungsthema, auch aufgrund der beschriebenen Zentralität von Klimafragen, nur eine sehr begrenzte mediale Reizwirkung entfalten. Als einzige Partei versuchte sich die SVP an entsprechenden Zuspitzungen, wobei das sogenannte *Apfelplakat* (s. Abb. 2) wohl den polemischen Höhepunkt des Wahlkampfes darstellte. Es zeigt die Nationalfrucht, einen rotglänzenden und mit einem aufgeklebten Schweizerkreuz verzierten Apfel, der von einer Handvoll Raupen ausgehöhlt und zerfressen wird. Um dem Betrachter die Interpretation der Szenerie zu vereinfachen, sind vier der fünf Raupen am Bauch in den Parteifarben der politischen Konkurrenz, nämlich in Rot (SP), Blau (FDP), Hellgrün (GPS) und Orange (CVP) eingefärbt, auf der fünften findet sich indes das Sternenbanner der EU. Daneben steht der Slogan: „Sollen Linke und Nette die Schweiz zerstören?“ — eine klare Bezugnahme auf den nach Ansicht der SVP zu *netten* (das heißt: zu moderaten) Kurs in der Zuwanderungspolitik, durch den die nationale

Substanz der Schweiz in ihrem Fortbestand gefährdet sei. Anders als in der Vergangenheit, als ähnliche Plakate noch zu öffentlichen Großdebatten und einer *Jetzt-erst-recht*-Attitüde bei vielen Sympathisanten führten, war der Effekt dieses Mal überschaubar, die Ablehnung dagegen einhellig und auch zum Teil in der eigenen Partei zu finden. „Wer soll einen da noch ernst nehmen?“ (Vuille 2019), kommentierte etwa der Zürcher SVP-Nationalrat Claudio Zanetti und nahm damit schon im Sommer vorweg, dass den Zuwanderungskritikern im Allgemeinen und der SVP im Besonderen 2019 keineswegs die Hauptrolle auf der Wahlbühne zukommen würde.

Abb. 2: Das sogenannte „Apfelplakat“

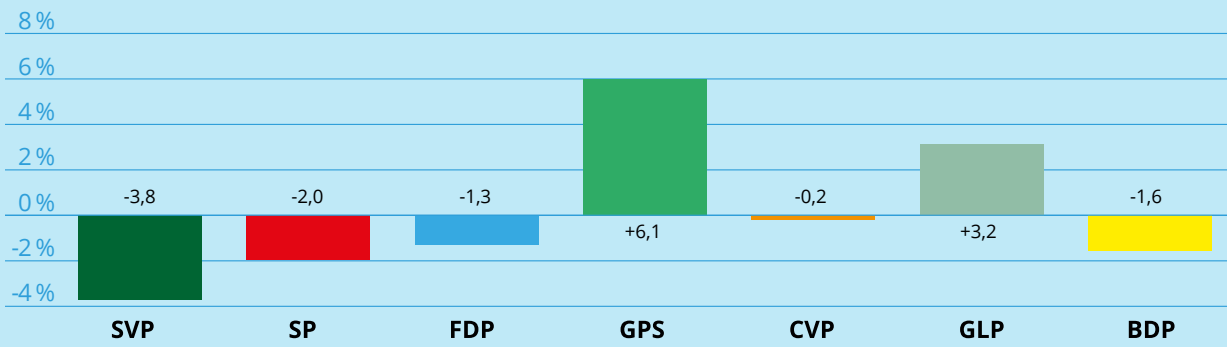


Quelle: SVP 2019

4. WAHLERGEBNISSE

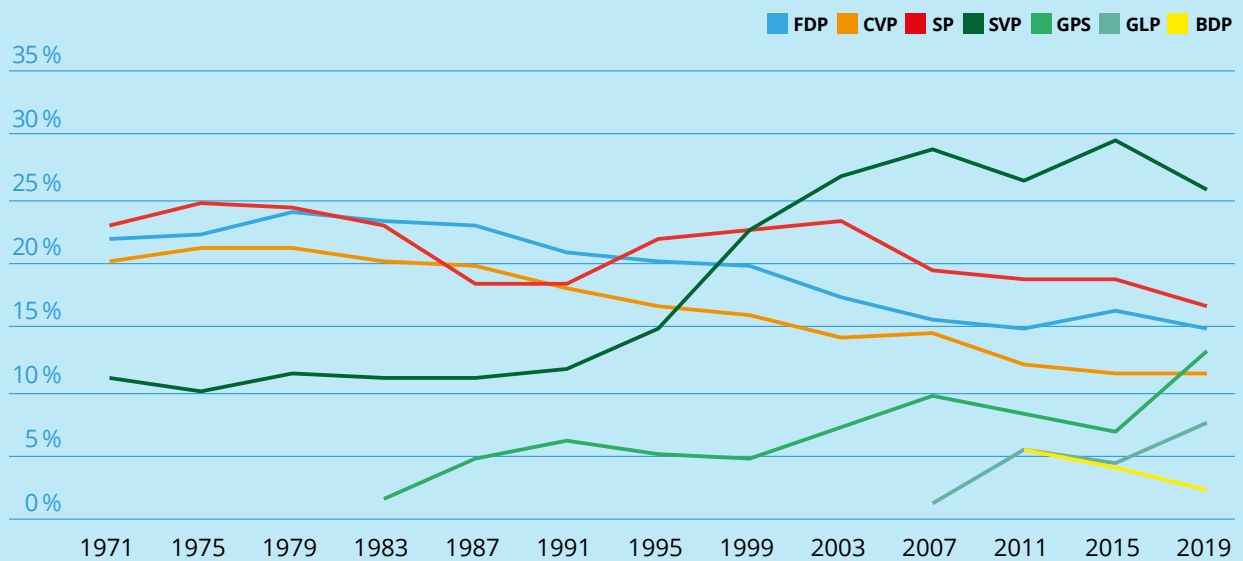
Bei einer Wahlbeteiligung von 45,1 % fuhr die SVP am 20. Oktober mit 25,6% (-3,8 %) dann auch ihr schlechtestes Ergebnis in diesem Jahrtausend ein, doch mussten die drei anderen Bundesratsparteien gleichfalls Verluste hinnehmen. Die SP erzielte 16,8% (-2,0 %), die FDP 15,1% (-1,3 %) und die CVP immerhin noch 11,4 % (-0,2 %). Beinahe halbiert wurde zudem das Ergebnis der BDP von 2,4 % (-1,7 %), die damit in eine existentielle Krise rutschen dürfte. Auf der Gewinnerseite fanden sich dagegen vor allem die beiden grünen Parteien. Die GPS erreichte mit satten 13,2 % (+6,1 %) nicht nur ein Allzeithoch, sondern zugleich den stärksten Stimmenzuwachs

Abb. 3: Gewinne und Verluste der Parteien



Quelle: Bundesamt für Statistik / Eigene Darstellung

Abb. 4: Wahlergebnisse im historischen Überblick



Quelle: Bundesamt für Statistik / Eigene Darstellung

einer dezidiert linken Partei seit dem 20,7%-Sprung der SP bei den Nationalratswahlen 1917.¹¹ Auf das beste Ergebnis ihrer Geschichte kam auch die GLP mit 7,8 % (+3,2 %), während die PdA auf 0,6 % (-0,3 %) absackte. Von den anderen im Nationalrat vertretenen Parteien wusste primär die EVP mit 2,2 % (+0,3 %) zu überzeugen, während sowohl die LdT mit 0,8 % (-0,2 %) als auch das MCG mit 0,3 % (-0,0 %) auf der Stelle traten.

Da das Wahlsystem der Schweiz diverse Besonderheiten bezüglich der Umrechnung dieser Ergebnisse in Mandate kennt, so etwa den extensiven Gebrauch von Listenverbindungen (Vatter 2016: 88f. und 93ff.) oder auch das Einreichen mehrerer Listen, weisen die künftigen Machtverhältnisse im Nationalrat einige Spezifikationen auf. Wie erwartet wird die SVP auch künftig mit nunmehr 53 Abgeordneten (-12) das größte Kontingent stellen. Aller-

dings schrumpft die Fraktion der Rechtspopulisten um ein Fünftel, da zugleich auch die LdT einen ihrer beiden Sitze einbüßt (-1) und das MCG seinen Genfer Sitz ebenfalls verliert (-1). Die FDP erreicht gerade einmal noch 29 Mandate (-4) und damit so wenige wie seit über einhundert Jahren nicht mehr; die BDP fällt auf 3 (-4), verliert neben dem Gros ihrer Abgeordneten auch ihren Fraktionsstatus (zur Bildung einer Fraktion sind mindestens fünf Abgeordnete notwendig) und wird in der kommenden Legislaturperiode wohl nach einem Partner suchen müssen. Auch die CVP kommt im historischen Vergleich nicht wirklich gut weg, das Ergebnis von 25 Sitzen (-2) wird aber zum Teil durch den Mandatsgewinn der mit ihr verbundenen EVP, die jetzt 3 Abgeordnete (+1) stellt, wieder wettgemacht. Auf der Linken muss auch die SP bei der Sitzanzahl Verluste hinnehmen und entsendet künftig nur noch 39 Abgeordnete (-4) in den Nationalrat. Dagegen

11 Auf die Nachkriegsära bezogen konnte eine Partei nur in zwei Fällen fünf oder mehr Prozentpunkte gegenüber der vorigen Wahl hinzugewinnen (PdA, 1947: 5,1% und SVP, 1999: +7,7%), bei der Nationalratswahl 2011 gelang zudem auch der erstmals angetretenen BDP (+5,4%) ein solcher Erfolg.

sind die 28 Sitze der GPS (+17) schon jetzt als historisch zu bezeichnen und entsprechen für Schweizer Verhältnisse einem Erdrutschsieg, der durch den zeitgleichen Erfolg der GLP (16 Sitze; +9) noch einmal eine andere Dimension erhält. Ein Sitz bleibt in den Händen der marxistischen PdA; einen gewinnt die christlich-nationalkonservative Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU, +1) und einen das linke Bündnis Ensemble à Gauche (EAG, +1), die bislang beide nicht parlamentarisch vertreten waren. Ihren einzigen Sitz büßt außerdem die CSP ein (-1), deren Nationalrat Karl Vogler sich schon im Vorfeld der Wahl entschlossen hatte, nicht wieder anzutreten.

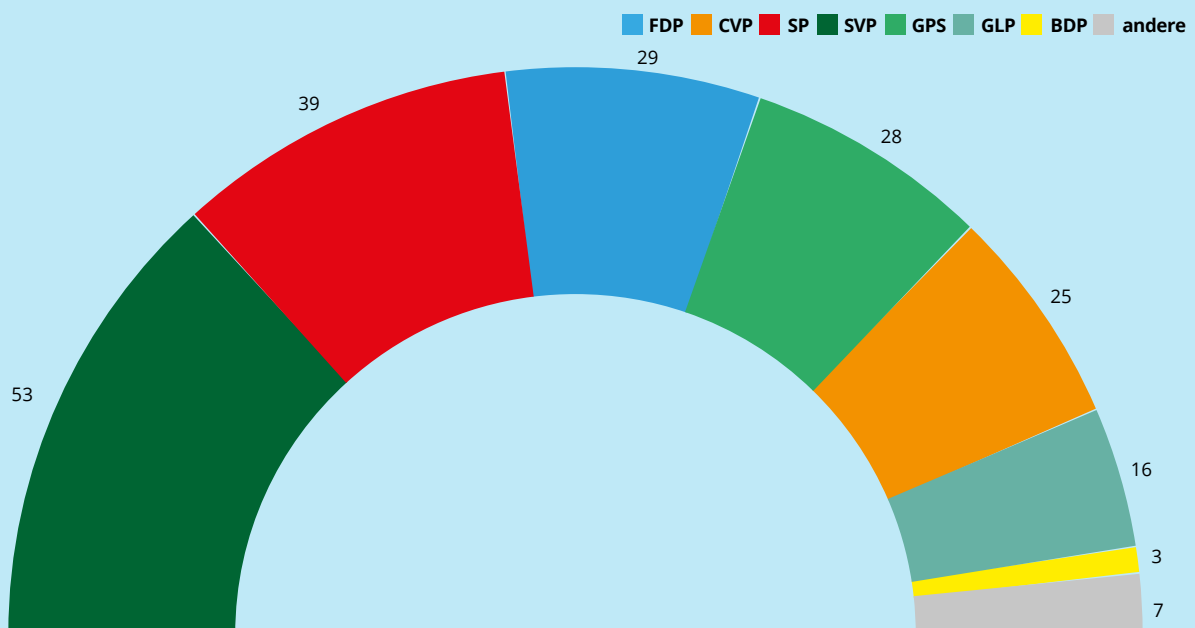
Dass die Schweiz noch immer "eines der polarisiertesten Parteiensysteme Europas mit einer stark fragmentierten politischen Mitte" (Vatter 2016: 161; Armingeon/Engler 2015) ihr Eigen nennt, wurde vor allem auch aus dem wahlgeografischen Blickwinkel deutlich. Auch 2019 traten hier nämlich die oft zitierten Unterschiede zwischen den deutsch- und französischsprachigen Landesteilen (der Volksmund spricht hier vom Röstigraben) offen zutage: Während die GPS etwa im urbanen Genf an die Spitze stürmen konnte (+13,1 % auf 24,6 %) und in Neuenburg (+11,5 % auf 20,8 %), der Waadt (+8,4 % auf 19,7 %) oder dem Jura (+8,3 % auf 15,6 %) ebenfalls Glanzergebnisse erzielten, fiel die Euphorie in der Deutschschweiz trotz respektabler Zugewinne spürbar bescheidener aus. Auf der anderen Seite verlor die SVP in der Romandie sogar noch weiter an Boden und konnte dabei lediglich im Kanton Freiburg die 20-Prozent-Marke reißen. In den beiden einwohnerstärksten Kantonen, Bern und Zürich, bot sich ebenfalls ein von lokalen Dynamiken geprägtes Bild: So verdankt die BDP dem Kanton Bern ihr mit Abstand stärkstes Ergebnis (8,0 %) und in der Folge zwei ihrer drei

verbliebenen Mandatsträger, die katholische CVP wurde hingegen von den protestantischen Bernern ein weiteres Mal mit weniger als zwei Prozentpunkten (1,9 %) nach Hause geschickt. In Zürich wiederum konnte die GLP drei Sitze hinzugewinnen und stellt mit nun sechs Abgeordneten so viele wie FDP und CVP zusammen. Rechnet man die fünf Sitze der GPS hinzu, dann haben die beiden grünen Parteien sogar die SVP (10 Sitze) zum ersten Mal in der Geschichte als kantonsweit stärkste Kraft hinter sich gelassen.

5. EINORDNUNG UND AUSBLICK

Auch 2019 stoßen Wahlen in Europa zumeist unter dem Gesichtspunkt auf Interesse, ob die mit forschem Krawallpopulismus auftrumpfende Rechte einen weiteren Sieg einfahren oder aber von den Kräften der politischen Mitte zurückgeschlagen werden kann. Im Falle der Schweiz ist die Ausgangslage jedoch eine andere, denn hier sind die Rechtspopulisten schon seit langem fester Bestandteil des politischen Establishments. Dass die SVP trotz deutlicher Verluste auch 2019 die stimmenstärkste Kraft ist (zum sechsten Mal in Folge) und ein weiteres Mal die größte Fraktion im Nationalrat anführen wird, kümmert in der Folge kaum jemanden wirklich. Die öffentliche Aufmerksamkeit gehört stattdessen den beiden grünen Parteien, deren Ergebnisse selbst die wohlwollendsten Umfragen in den Schatten stellen. Mehr noch als für einen Einflussgewinn der ökologischen Kräfte, einen Linksrutsch des Nationalrates und ein Ende der seit 2015 bestehenden strukturellen SVP/FDP-Mehrheit steht der gewaltige Erfolg von GPS und GLP aber für einen politischen Paradigmenwechsel: Nicht mehr Migration und Asyl sind die Themen, mit denen man 2019 Wäh-

Abb. 5: Sitzverteilung im neuen Nationalrat



Quelle: Bundesamt für Statistik / Eigene Darstellung

lerinnen und Wähler mobilisieren kann, sondern der Kampf gegen den Klimawandel. Nicht mehr die Frage nach Abschiebungen, Anerkennungsquoten und Arbeitsbewilligungen steht gegenwärtig ganz oben auf der politischen Agenda, sondern vielmehr die nach Flugsteuern und Emissionseinsparungen. Und nicht die Abgeordneten der SVP (oder anderer Rechtspopulisten) waren es, die in diesem Wahlkampf die anderen Parteien vor sich hertreiben konnten — die Rolle des Themensetzers und Antreibers nehmen bis auf Weiteres die Grünen ein.

Dieser Wandel (der schon länger in der Luft lag, in dieser Wahl aber nun seinen sichtbarsten Ausdruck fand) wird wohl mit politischen Folgen auf der Kurz- wie auch der Langfristebene einhergehen. Kurzfristig dürften sich GPS und GLP in der Lage sehen, mit dem erworbenen politischen Kapital einigen Einfluss auf die Agenda der künftigen Legislatur zu nehmen. Für die anderen Parteien, die betont klimaskeptische SVP einmal ausgenommen, ergibt sich daraus eine veritable Zwickmühle: Einerseits dürfte es alles andere als opportun und mithin sogar gefährlich sein, dem Klimathema auszuweichen oder das eigene Engagement zurückzufahren (denn wenn der grüne Triumph eines gezeigt hat, dann das hohe Interesse der Wählerschaft daran); andererseits ist klar geworden, dass eben dieses Thema am Ende nur schwerlich von Parteien nutzbar gemacht werden kann, die sich nicht selbst als dezidiert ökologisch verstehen. Anders ausgedrückt: Alles deutet darauf hin, dass Wählerinnen und Wähler, die primär um das Klima besorgt sind, auch in Zukunft einer Variation von Grün ihre Stimme geben werden. Beide Parteien, GPS und GLP, finden sich damit in einer aussichtsreichen Position wieder, die, sofern die Salienz von Klimafragen hoch bleibt, mit vielen Profilierungsmöglichkeiten verbunden sein wird.

Auf lange Sicht ist die Frage vor allem, ob es der GPS aus ihrer Position der Stärke heraus gelingen wird, dem etablierten Parteienquartett einen Bundesratssitz abspenstig zu machen und damit endgültig in die Spitze der Schweizer Politik vorzurücken. Planspiele dafür gibt es offenbar bereits und den politischen Willen ebenso. So forderte beispielsweise die Präsidentin der GPS, Regula Rytz, noch am Wahlabend, dass ihre Partei künftig in dem Gremium vertreten sein müsse; auf Nachfrage gab sie allerdings nicht den Sitz der CVP, sondern einen der beiden FDP-Bundesräte als Angriffsziel aus (was einer Abschaffung der Zauberformel gleichkäme). Die Erfolgchancen dieses Manövers sind derzeit noch nicht ganz abzusehen. Auf der einen Seite kann die GPS nach ihrem Glanzergebnis durchaus mit einigem Grund legitime Ansprüche auf eine Regierungsrepräsentation geltend machen, umso mehr, da sie nur einen Nationalratssitz hinter der FDP liegt und mit der GLP auch die

zweite ökologische Kraft zu den Wahlgewinnern zählt. Auch die CVP könnte einen grünen Vorstoß unterstützen, sofern dieser der FDP gilt und die eigene Position im Bundesrat damit langfristig sichert. Auf der anderen Seite sollte man aber die Behändigkeit des Schweizer Politikbetriebes und die damit einhergehende Veränderungsunwilligkeit nicht unterschätzen. Noch immer wird die GPS vielfach als neue Kraft wahrgenommen, von der man sich gerne Impulse geben lässt, die man aber nicht unbedingt an Regierungsgeschäften auf der höchsten Ebene beteiligen möchte. Als besondere Schwierigkeit könnte sich zudem die relative Schwäche der Partei im Ständerat herausstellen, wo trotz zweier beachtlicher Erfolge in den Kantonen Glarus und Neuenburg FDP und CVP auch in Zukunft klar den Ton angeben werden.¹²

Mit gemischten Gefühlen dürfte in jedem Fall die SP den Aufstieg der Grünen und die nun anlaufende Debatte um eine grüne Bundesratsbeteiligung beobachten. Als nach der SVP zweitgrößte Wahlverliererin des Tages stellt sich für die Sozialdemokratie die Frage, wie sie künftig mit der gestärkten Konkurrenz im eigenen Lager umgehen will — beziehungsweise, wie sie verhindern kann, dass die GPS sie in absehbarer Zeit als Vormacht auf der politischen Linken ablöst. Für den Moment ist diese Frage zwar noch akademisch und die Aussicht auf eine Mitte-Links-Mehrheit im Nationalrat dürfte sie für einige Zeit in den Hintergrund rücken lassen. Dennoch ist die Angst da, dass sich Ergebnisse wie dieses allmählich zu einem Trend verfestigen und aus dem Trend dann eine Realität wie in Deutschland oder den Niederlanden werden könnte, wo die Sozialdemokratie sich vielerorts in einer ausgesprochen prekären Situation befindet. Doch nicht nur die SP, auch die FDP, die mit einigen Erwartungen ins Wahljahr 2019 gestartet war und nun ein enttäuschendes Resultat eingefahren hat, steht nun vor so mancher Schwierigkeit. Dass es die GPS auf ihren zweiten Bundesratssitz abgesehen hat, dürfte bei den Liberalen zu einiger Unruhe führen, doch auch die anhaltenden Wählerverluste an die GLP (die stellenweise als eine Art bessere, modernere und weltoffenerer FDP auftrat) stellen eine erhebliche Bedrohung dar. Besser abgeschnitten als gedacht hat hingegen die CVP, der wohl auch in Zukunft eine wichtige Mittlerposition zukommen wird. Es ist anzunehmen, dass die Partei vom Zusammenbruch der BDP profitieren konnte, die mit dem Verlust des Fraktionsstatus nun endgültig in die zweite Reihe der Schweizer Parteipolitik zurückgetreten ist. Falls sich die drei verbliebenen Abgeordneten der BDP der CVP-Fraktion anschließen (was nicht unwahrscheinlich ist), würden sowohl die eigenen Verluste der Christdemokraten als auch der Wegfall des CSP-Sitzes auf Fraktionsebene numerisch kompensiert.

¹² Zum 20. Oktober stehen lediglich 25 der 46 Ständeräte fest, da die Bewerber nicht in allen Fällen schon im ersten Wahlgang die nötige Mehrheit erreicht hatten (Stichwahlen erfolgen für gewöhnlich im November). Von diesen 24 Ratssitzen besetzt die CVP 9 (bisher 14), die FDP 7 (bisher 12), die SP 3 (bisher 12) und die SVP ebenfalls 3 (bisher 5). Die GPS konnte nach dem ersten Wahlgang lediglich 2 (bisher 1) Mandate gewinnen, während die BDP ihren einzigen Sitz im Ständerat abgeben musste. Zudem zog der parteilose aber der SVP nahestehende Thomas Minder für den Kanton Schaffhausen in die kleine Kammer ein.

Letztlich spiegelt der neue Nationalrat damit eine revidierte Parteienhierarchie wider: Hinter der noch immer strukturell dominanten aber zunehmend um ihren Einfluss besorgten SVP kämpfen vier mehr oder weniger ebenbürtige Konkurrenten um die weiteren Plätze. Man kann davon ausgehen, dass dieser Kampf sowohl parlamentarisch wie auch außerparlamentarisch mit zunehmender Härte geführt werden wird. Migrations- und Asylfragen können dabei eine gewichtige Rolle spielen, insbesondere als Mittel der wechselseitigen Abgrenzung voneinander (der neue Nationalrat mag hier auch einen progressiveren Kurs einschlagen als bisher), doch die elementaren Fragestellungen der nahen Zukunft werden aller Voraussicht nach zunächst einmal in eine andere Disziplin fallen: die der Klimapolitik.

LITERATURVERZEICHNIS

- Armingeon, Klaus / Engler, Sarah* 2015: Polarisierung als Strategie. Die Polarisierung des Schweizer Parteiensystems im internationalen Vergleich. In: Freitag, Markus / Vatter, Adrian (Hg.) Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz. Politik und Gesellschaft in der Schweiz: Vol. 3; Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Arrighi, Jean-Thomas* 2017: Foreigners, Citizens, and the Tyrannical Edges of the Vox Populi. Empirical and Normative Evidence from Switzerland. Interdisciplinary Research Group on Immigration; UPF, Universität Pompeu Fabra. Working Paper No. 33.
- Bischoff, Christine* 2016: Blickregime der Migration. Images und Imaginationen des Fremden in Schweizer Printmedien; Münster & New York, Waxmann.
- Bundesamt für Statistik* 2019: Ausländische Bevölkerung; verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/auslaendische-bevoelkerung.html> (letzter Zugriff Oktober 2019).
- Bühlmann, Marc / Gerber, Marlène* 2015: Von der Unterschichtspartei zur Partei des gehobenen Mittelstands? Stabilität und Wandel der Wählerschaften der Sozialdemokraten und anderer grosser Schweizer Parteien zwischen 1971 und 2011; In: Freitag, Markus / Vatter, Adrian (Hg.): Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz. Politik und Gesellschaft in der Schweiz: Vol. 3; Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz* 2019: Migration; verfügbar unter: <https://www.cvp.ch/de/migration> (letzter Zugriff Oktober 2019).
- Drews, Isabel* 2005: "Schweizer erwache!" Der Rechtspopulist James Schwarzenbach; Frauenfeld, Huber.
- Eurostat* 2019: Migration and Migrant Population Statistics. Statistics Explained; verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/pdfscache/1275.pdf>. (letzter Zugriff Oktober 2019).
- FDP.Die Liberalen* 2019: Einwanderungspolitik. Hart, aber fair. Gemeinsam weiter kommen; verfügbar unter: https://d3n8a8pro7vnm.cloudfront.net/fdp/pages/3582/attachments/original/1568198197/2019_FAC_komplett_d_Migration.pdf?1568198197 (letzter Zugriff Oktober 2019).
- Fischer, Dennis* 2019: Rytz: „2019 wird eine Klimawahl“; Messenger.ch, 04.01.2019; verfügbar unter: <https://www.energate-messenger.ch/news/188580/rytz-2019-wird-eine-klimawahl-> (letzter Zugriff Oktober 2019).
- Grüne Partei der Schweiz* 2019: Wahlplattform 2019-2023; verfügbar unter: https://gruene.ch/wp-content/uploads/2019/05/190112_wahlplattform_d.pdf (letzter Zugriff Oktober 2019).
- Hutter, Swen* 2019: Integration versus Abgrenzung. Die Schweizerische Volkspartei und die Politisierung der Einwanderungs- und Europapolitik; In: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration; Wiesbaden, Springer.
- Lader, Andreas / Felder, Gabriela / Gerber, Stefan / Fivaz, Jan* 2010: Die politische Positionierung der europäischen Parteien im Vergleich. Cahier de l'IDHEAP 252/2010; Lausanne, IDHEAP.
- Linder, Wolf* 2012: Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektive; Bern & Stuttgart, Haupt.
- Partei der Arbeit der Schweiz* 2019: Wahlprogramm 2019. Es braucht einen radikalen Wechsel; verfügbar unter: https://pda.ch/wordpress/wp-content/uploads/2019/08/nationales_wahlprogramm_2019_d_web.pdf (letzter Zugriff Oktober 2019).
- D'Amato Gianni / Ruedin, Didier* 2015: The politicisation of immigration in Switzerland: The importance of direct democracy. In: van der Brug, Wouter/D'Amato, Gianni/Ruedin, Didier/Berkhout, Joost (Hg.): The Politicisation of Migration; London, Routledge.
- Schweizerische Volkspartei* 2019: Frei und sicher - Ich will's, Ich wähl's; Parteiprogramm 2019 bis 2023; verfügbar unter: https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Parteiprogramm_DE_19_23_190402.pdf (letzter Zugriff Oktober 2019).
- Shugart, Matthew / Carey, John M.* 1992: Presidents and Assemblies. Constitutional Design and Electoral Dynamics; Cambridge, Cambridge University Press.
- Skenderovic, Damir / D'Amato, Gianni* 2008: Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren; Zürich, Chronos.
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz* 2010: Parteiprogramm. Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie; Bern, Sozialdemokratische Partei der Schweiz.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz 2019: Legislaturziele der SP-Fraktion 2019 bis 2023. Gemeinsam gegen die Macht des Stärkeren. Für tiefere Krankenkassenprämien, Arbeit und Ausbildung für alle, Gleichstellung und Klima; Bern, Sozialdemokratische Partei der Schweiz.

Vatter, Adrian 2016. Das politische System der Schweiz. Baden-Baden: Nomos.

Vuille, Christof 2019: SVP-Plakate mit Grusel-Würmern sorgen für Shitstorm. *Nau.ch*, 20.08.2019; verfügbar unter: <https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/svp-plakate-mit-grusel-wurmern-sorgen-fur-shitstorm-65571735> (letzter Zugriff Oktober 2019).

Weisskircher, Manés 2019: Die österreichische Nationalratswahl 2019, MIDEM-Bericht 2019-4; Dresden, MIDEM.

AUTOR

MARCO BITSCHNAU MPHIL

Marco Bitschnau studierte Politikwissenschaften, Soziologie und Volkswirtschaft in Friedrichshafen, Cambridge und an der Sciences Po (Paris). Seit Oktober 2018 promoviert er im Rahmen eines Schwerpunktprojektes (NCCR - On the Move) des Schweizerischen Nationalfonds an der Universität Neuenburg. Seine Forschungsinteressen umfassen politische Soziologie und Kommunikation, Populismustheorie, Migration und Überlegungen zur Zukunft des Sozialstaats.

E-Mail: marco.bitschnau@unine.ch

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

ISSN 2570-0707

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
*Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Katja Solbrig
Lina Schneider

Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2019

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert durch die Stiftung Mercator.

